

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates und Stellungnahme der Finanzkommission

Vorstoss-Nr.: 083-2018
Vorstossart: Finanzmotion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2018.RRGR.230

Eingereicht am: 29.03.2018

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Brönnimann (Mittelhäusern, glp) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:



RRB-Nr.: 967/2018 vom 12. September 2018
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Ablehnung**
Antrag Finanzkommission: **Ablehnung**

Förderung der Uni Bern und der Berner Fachhochschulen im Bereich Ingenieurwissenschaften anstelle von ETH-Luftschlossideen

Der Regierungsrat wird beauftragt, folgende finanzseitig geforderten Massnahmen im nächsten Voranschlag oder im nächsten Aufgaben- und Finanzplan zu ergreifen:

1. Erhöhung der Kantonsbeiträge an die Uni Bern um 15 Mio. Franken
2. Erhöhung der Kantonsbeiträge an die Berner Fachhochschule um 5 Mio. Franken

Begründung:

Die Uni Bern gehört im Bereich Medizin und Medizinaltechnik zur nationalen, zum Teil sogar zur internationalen Spitze. Im Bereich Astrophysik ist sie sogar Weltspitze.

Die Berner Fachhochschule erwirtschaftet sehr hohe Drittmittel und ist in der angewandten Forschung gut mit der Wirtschaft vernetzt. Gleich wie die Uni Bern verfügt sie über Kompetenzen in den Bereichen Informationswissenschaften und Medizinaltechnik. Im Hinblick auf die Auswirkun-

gen der Digitalisierung auf Wirtschaft (insbesondere KMUs) und Verwaltung ist es angezeigt, dass der Kanton Bern in die Zukunftsfähigkeit seiner Wirtschaft und Verwaltung investiert.

Der Kanton Bern hat in den letzten zwei Jahren zwei Sparprogramme durchgeführt und hat seine Ausgaben im Griff, das Budget ist im Lot. Nun ist es an der Zeit, dass der Kanton Bern gezielte Zukunftsinvestitionen tätigt. Die Investitionen in angewandte Forschung und Entwicklung zahlen sich volkswirtschaftlich immer aus, aber erst nach einigen Jahren. Deshalb ist eine zukunftsgerichtete Langfriststrategie nötig.

Der Kanton Bern verfügt in den Bereichen Medizinaltechnik, Informationswissenschaften und Ingenieurwissenschaften über Kompetenzen und Firmencluster, die Investitionen als zukunfts-trächtig erscheinen lassen. Deshalb soll er in diesen Bereichen die Forschungsinvestitionen an der Uni Bern und an der Berner Fachhochschule signifikant erhöhen.

Der Kanton Bern ist gut beraten, seine Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen und nicht einfach auf weitere Gelder aus dem Finanzausgleich zu hoffen oder ein ETH-Luftschloss Bern zu bauen.

Antwort des Regierungsrates

Mit der Finanzmotion wird beantragt, den jährlichen Staatsbeitrag an die Universität Bern um 15 Mio. Franken und denjenigen der Berner Fachhochschule (BFH) um 5 Mio. Franken zu erhöhen. Ausgehend von den Staatsbeiträgen 2018 würde dies bei der Universität eine Erhöhung um 4,75% und bei der BFH um 4,4% bedeuten. Zudem fordert der Motionär, dass mit diesen zusätzlichen Mitteln die Forschungsinvestitionen insbesondere in den Bereichen Medizinaltechnik, Informationswissenschaften und Ingenieurwissenschaften signifikant erhöht werden.

Der Regierungsrat teilt die Einschätzung des Motionärs, dass sowohl der Universität als auch der BFH für die weitere Stärkung des Standorts Bern in der Medizinaltechnik, den Informationswissenschaften und den Ingenieurwissenschaften eine zentrale Rolle zukommt. Eine pauschale Erhöhung der jährlichen Staatsbeiträge für beide Institutionen um je fast 5% lehnt er jedoch ab, da vor dem Hintergrund der finanziellen Aussichten für den Kanton die Nachhaltigkeit dieser Massnahme nicht gewährleistet werden könnte. Der Kanton steht mittelfristig vor grossen finanziellen Herausforderungen. Zu erwähnen sind dabei u.a. die drohenden Mindererträge aus dem Bundesfinanzausgleich, die Umsetzung der geplanten steuerlichen Massnahmen, der stark ansteigende Investitionsbedarf und das Aufwandwachstum in einzelnen Aufgabenbereichen. Diese Herausforderungen und Entwicklungen schränken den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Kantons – nicht zuletzt auch in Bezug auf die Finanzierung der Hochschulen – stark ein.

Die BFH verfügt heute an ihren beiden Departementen Technik und Informatik sowie Architektur, Holz und Bau über eine Reihe von ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen und damit verbundene Kompetenzen in anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung. Zu den besonderen Schwerpunkten der BFH in den Ingenieurwissenschaften gehören unter anderen die Bereiche Medizintechnik und Medizininformatik, was sich in der Einwerbung umfangreicher Forschungsdrittmittel und zahlreichen Kooperationsprojekten mit Unternehmen der entsprechenden Branchen niederschlägt. In diesen Feldern besteht zudem eine Zusammenarbeit mit der Universität Bern und dem Inselspital, die weiter ausgebaut wird. In Kooperation bieten Universität und BFH einen gemeinsamen Masterstudiengang in Biomedical Engineering an. An der Schnittstelle zwischen der Medizinaltechnik und den Informationswissenschaften nimmt die BFH mit ihrem

Institut für Medizininformatik eine besonders starke Stellung ein mit dem schweizweit einzigen Bachelorstudiengang in Medizininformatik und zahlreichen Forschungs Kooperationen mit Spitälern und Unternehmen der Medizinalbranche. Gegenwärtig wird auch hier eine Zusammenarbeit mit der Universität Bern für ein gemeinsames Master-Studienangebot geprüft. Ebenfalls mit Spitälern und Unternehmen des Gesundheitswesens arbeitet die BFH seit über 10 Jahren im Bereich Design und visuelle Kommunikation für den Gesundheitsbereich zusammen, aktuell wird an einer Weiterentwicklung zu einem einzigartigen «Center for Design and Health» gearbeitet.

Die Universität Bern verfügt heute abgesehen von der erwähnten Kooperation mit der BFH im Studiengang «Biomedical Engineering» zwar über keine Studiengänge in Ingenieurwissenschaften, doch haben mehrere ihrer Forschungsschwerpunkte und Kompetenzzentren eine stark technische Ausprägung, namentlich in den vom Motionär erwähnten Disziplinen Medizinaltechnik und Weltraumforschung.

Zusammen mit dem Inselspital ist die Universität im gesamten Medizin-Bereich eine der führenden universitären Hochschulen der Schweiz mit einer weltweit starken Stellung. Dazu trägt nicht nur die medizinische Fakultät bei, vielmehr bestehen auch eine Reihe von interfakultären Forschungs Kooperationen in der Medizin, etwa im Bereich «One Health» mit der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und der Vetsuisse-Fakultät oder in der Erforschung des menschlichen Schlafverhaltens mit der Philosophisch-Humanwissenschaftlichen Fakultät. Ebenfalls stark auf eine interdisziplinäre medizinische Forschung ausgerichtet ist der von der Universität Bern geleitete nationale Forschungsschwerpunkt «Trans Cure». In der Medizinaltechnik ist insbesondere das *ARTORG Center for Biomedical Engineering Research* ein führendes Forschungszentrum für die Verbindung von Technologie und klinischer Anwendung. An diesem Zentrum wird wissenschaftlich an der Entwicklung von neuen Apparaten und Instrumenten für die Chirurgie und die Rehabilitation gearbeitet und es werden neue Wege gesucht, mit dem Einsatz von künstlicher Intelligenz die klinische Betreuung von Patientinnen und Patienten weiter zu verbessern. Das ARTORG-Center ist denn auch ein wichtiger Partner des neuen nationalen Zentrums für translationale Medizin und Unternehmertum sitem-insel, dessen Gebäude gegenwärtig auf dem Insel-Areal fertiggestellt wird. Ebenfalls zu den führenden medizinischen Forschungsfeldern an der Universität mit starkem Technologiebezug gehören die Grundlagenforschung in der restaurativen Zahnerhaltung an den Zahnmedizinischen Kliniken und das neue, im Aufbau befindliche Zentrum für Präzisionsmedizin, das sich mit der Nutzung individualisierter medizinischer Daten für die Behandlung und Gesunderhaltung von Patientinnen und Patienten befasst.

In der Weltraumforschung gehört die Universität wie vom Motionär festgehalten zur Weltspitze. Aktuelle Beispiele dieser Berner Forschungstradition, die über mehr als 50 Jahre zurückreicht, sind die Mission ROSETTA zu einem Kometen im Jahr 2016 wozu Bern zwei der wichtigsten Messinstrumente beisteuerte sowie der für einen Start in 2018 vorgesehene Planeten-Forschungssatellit CHEOPS der ESA, dessen wissenschaftliche Messvorrichtungen an der Universität Bern entwickelt und gebaut wurden. Die führende Stellung der Universität in der Weltraumforschung beruht neben hoher theoretischer und experimenteller Kompetenz auf einer ausgeprägten Fähigkeit, wissenschaftliche Messungen nicht nur zu konzipieren und auszuwerten, sondern im Weltraum eingesetzte Messinstrumente selbst zu entwickeln und zu bauen.

Gegenwärtig finden an der Universität Vorabklärungen statt, wie diese vorhandenen technologischen Kompetenzen in Kooperation mit der BFH und mit dem Inselspital zu neuen Lehr- und Ausbildungsangeboten in Medizinal- und Präzisions-Ingenieurwissenschaften ausgebaut werden

könnten, die zusätzlich zur Deckung des Fachkräftebedarfs am Industriestandort Bern und Hauptstadtregion beitragen könnten.

Universität und BFH sind gemeinsam mit privaten Partnern Mitträger des neuen, vom Bund geförderten Technologiekompetenzzentrums sitem-insel, dessen Gebäude zurzeit im Insel-Areal fertiggestellt wird. Mit seiner Anschubfinanzierung für sitem-insel investiert der Kanton in eine einzigartige Institution zur Beschleunigung des Übergangs von klinischen Forschungsergebnissen hin zu konkreten Anwendungen zu Gunsten der Patientinnen und Patienten.

Die vom Motionär geforderte weitere Stärkung der bereits heute starken Position der Universität und der BFH an der Schnittstelle von Medizin, Informations- und Ingenieurwissenschaften ist somit in der Tat ein Kernbestandteil der Langfriststrategien beider Hochschulen. Der Kanton Bern unterstützt diese Entwicklung namentlich durch die aktuell laufende Bereitstellung ausgebauter und weiterentwickelter Infrastrukturen. Der Grosse Rat hat den Ausführungskredit für den neuen Campus Biel/Bienne der BFH genehmigt, welcher die Zusammenführung aller technischen Disziplinen an einem modernen, attraktiven Standort sicherstellt und beste Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Kooperationen mit der starken Präzisions- und Medizinaltechnik-Branche im Kanton Bern und den Nachbarkantonen namentlich auch am unmittelbar benachbarten Netzwerkstandort des Switzerland Innovation Park Biel/Bienne ermöglicht. Mit der Genehmigung des Projektierungskredits für den Campus Bern der BFH hat der Grosse Rat zudem den Weg freigemacht für die Schaffung des zweiten zentralen Standorts, an welchem bis 2026 namentlich die Fachbereiche Gesundheit, Wirtschaft und Wirtschaftsinformatik sowie Soziale Arbeit und Künste in kurzer Entfernung zum Universitätsquartier einerseits und dem Areal des Inselspitals andererseits zusammengeführt werden. Dies schafft günstige Voraussetzungen für den weiteren Ausbau der disziplin- und institutionsübergreifenden Kooperationen im Feld der Gesundheitswissenschaften, der Informationstechnologien sowie des Designs im Gesundheitsbereich.

Auch für die Universität bereitet der Regierungsrat im Zuge seines strategischen Ziels «Stärkung des Medizinalstandorts Kanton Bern» wichtige Investitionen für Infrastrukturen für die Forschung und Lehre in der Medizin vor, mit welchen sich der Grosse Rat in naher Zukunft befassen wird. Dabei wird der Regierungsrat aus einer Gesamtsicht heraus die notwendigen Massnahmen zur Stärkung des Medizinalstandorts vorantreiben. Der Regierungsrat erarbeitet derzeit die Grundlagen, um sowohl diesen wie auch den in weiteren Politikbereichen ab dem Jahr 2022 stark steigenden Investitionsbedarf finanzieren zu können (u.a. Schaffung einer Fondslösung).

Der Kanton Bern ist demnach bereits intensiv an der Planung von Investitionen zu Gunsten der Universität und der BFH, wobei dies gezielt in Bereichen erfolgen soll, wo sowohl die Berner Hochschulen als auch die Berner Wirtschaft über ausgewiesene Stärken verfügen. Dabei ist es aus Sicht des Regierungsrates zentral, diese besonderen Stärken weiter zu entwickeln, ohne dadurch das breite Angebot der Universität und der BFH über viele Disziplinen und Fachgebiete hinweg zu schwächen. Bei der Universität deckte der Staatsbeitrag 2017 rund 37% des Budgets, bei der BFH waren es 38%; je fast zwei Drittel ihrer Einnahmen erwirtschafteten beide Hochschulen demnach aus ihren übrigen Finanzierungsquellen, insbesondere Grundbeiträgen des Bundes, interkantonalen Beiträgen sowie Drittmitteln für Forschung und Dienstleistungen. Mit den Staatsbeiträgen des Kantons wird also eine erhebliche Hebelwirkung erzielt, doch dafür benötigen beide Hochschulen ein hohes Mass an Planungssicherheit. Besser als eine kurzfristige Einbringung zusätzlicher kantonaler Mittel in ihre Budgets ermöglicht ihnen eine verlässlich und

langfristig planbare Finanzierung der Kantonsbeiträge, ihre Entwicklungsstrategien konsequent voranzutreiben. Eine punktuelle Anpassung der Staatsbeiträge im Zusammenhang mit wichtigen Entwicklungsvorhaben im Rahmen der Leistungsaufträge von BFH und Universität ist indessen mittelfristig nicht ausgeschlossen. Inwieweit dies aber möglich sein wird, ist heute nicht abschätzbar. Dies wird – nebst dem dazu erforderlichen politischen Willen- in erster Linie von der weiteren Entwicklung des bernischen Finanzhaushaltes abhängen. Für die vom Motionär beantragte pauschale Erhöhung der beiden Staatsbeiträge liesse sich die angestrebte finanzielle Nachhaltigkeit jedoch nicht gewährleisten. Daher beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat die Ablehnung der Finanzmotion.

Stellungnahme der Finanzkommission

Die Finanzkommission (FiKo) hält den Antrag des Regierungsrates für nachvollziehbar und plausibel begründet. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass der Grosse Rat im Rahmen des Entlastungspakets 2018 entschieden hat, die Erhöhung der Beiträge an die Universität, die Fachhochschule und die Pädagogische Hochschule einmalig für das Jahr 2020 auszusetzen. Die drei Hochschulen haben die Aussetzung akzeptiert. Vor diesem Hintergrund ist eine Erhöhung der Staatsbeiträge umso weniger angezeigt. Die FiKo folgt der Argumentation des Regierungsrates und empfiehlt dem Grossen Rat mit grosser Mehrheit die Finanzmotion zur Ablehnung.

Verteiler

- Grosser Rat